



Sozialverträglichkeit

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat ihre konstruktiv kritische Begleitung der Polizeireform unter anderem davon abhängig gemacht, dass die Umsetzung sozialverträglich erfolgt.

Als ersten greifbaren Erfolg haben wir, gegen zahlreichen Widerstand, eine Dienstvereinbarung zur sozialverträglich Umsetzung erreicht.

Dort ist bereits in der Präambel festgeschrieben, dass die im Rahmen der Polizeireform notwendigen Personalveränderungsmaßnahmen als Ausdruck der Fürsorgepflicht des Dienstherrn und der Arbeitgeberpflichten sozialverträglich und möglichst einvernehmlich mit den betroffenen Beschäftigten erfolgen sollen.

Sozialverträglich bedeutet in diesem Sinne insbesondere, dass die Maßnahmen in einem angemessenen und ausgewogenen Verhältnis zwischen den sozialen und wirtschaftlichen Belangen der Beschäftigten einerseits und der Erreichung der mit der Reform beabsichtigten Ziele andererseits stehen.

An dieser Richtschnur werden sich unsere gewerkschaftspolitischen Forderungen und unsere Personalratsarbeit orientieren.

Was aber versteht man eigentlich im Rechtsverkehr unter „sozialverträglich“?

Sozialverträglichkeit wird heute meist als Verträglichkeit mit den Normen und Anforderungen eines Sozialstaates interpretiert.

Mitunter wird der Begriff auch im Sinne eines individuellen „verträglichen Sozialverhaltens“ verwendet.

Findet sich der Begriff in aktuellen Rechtsvorschriften, so wird er dort in der Regel nicht näher definiert, gilt somit als „unbestimmter Rechtsbegriff“, dessen konkrete Auslegung Gerichtsentscheidungen vorbehalten ist.

Heute findet sich der Begriff häufig im Sinne einer „sozialverträglichen Abfederung“ im Sprachgebrauch von Politikern



und anderen Entscheidungsträgern. (aus Wikipedia)

Im Universal-Lexikon 2012 kann man unter Sozialverträglichkeit folgende Definition finden:

„Ein an sozialen Zielgrößen gerichteter Bewertungsmaßstab in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft für den Nutzen und/oder die Kosten eines Vorgangs (z. B.: einer technischen Neuerung), einer Regelung (z. B.: eines Gesetzes) eines Vorhabens (z. B.: eines betrieblichen Sozialplans) oder eines Ergebnisses (z. B.: das einer wirtschaftspolitischen Entscheidung).“

Die konkrete Bedeutung von Sozialverträglichkeit jedoch ist unterschiedlich, je nachdem was als ‚sozial‘ gilt.

So werden als sozialverträglich mitunter jene Regelungen eingestuft, welche die Interessen jedes einzelnen Mitglieds eines Kollektivs (z. B.: der Belegschaft eines Betriebes) im gleichen Umfang wahrhaft (individualistisches Prinzip der Sozialverträglichkeit).

Als sozialverträglich wird aber häufig auch eine Regelung eingestuft, welche die Interessen der Mehrheit der Kollektivmitglieder (nicht aber die Interessen einer Minderheit) oder den größtmöglichen Gesamtnutzen eines Kollektivs

(nicht aber den jedes Einzelnen) wahrhaft (kollektivistisches Prinzip der Sozialverträglichkeit).“

Was aber bedeutet sozialverträglich nun für uns als GdP?

Sozialverträglich ist für uns eine Entscheidung, bei der die persönlichen Belange des Einzelnen im Vordergrund stehen!

Diese persönlichen Belange können im sozialen Umfeld, in den finanziellen Möglichkeiten oder im gesellschaftlichen Umfeld beheimatet sein und sie unterliegen keinem einheitlichen Muster und Raster, sondern sind individuell zu gewichten.

Dies bringt, bezogen auf das IBV, eine Menge Arbeit mit sich und fordert viel Zeit, Einfühlungsvermögen, Weitsicht und soziale Kompetenz von denen, deren Aufgabe es ist, die neuen Strukturen mit Menschen zu füllen. Während für die Verantwortlichen der Reform der Grundsatz: „Personal folgt der Aufgabe“ im Vordergrund steht und dann erst Sozialverträglichkeit und Zumutbarkeit geprüft werden, steht für uns die Sozialverträglichkeit an erster Stelle.

Können wir als Gewerkschaft oder Personalrat alle sozialen Nachteile verhindern?

Nein, weder durch eine totale Blockade und Ablehnung, noch durch eine zuvorkommende, wohlwollende Herangehensweise. Aber unser Ziel ist es, möglichst soziale Gerechtigkeit zu erlangen und Härtefälle zu verhindern oder zumindest abzufedern.

Wie soll das im Einzelnen geschehen?

Wir sehen unseren Überwachungsauftrag darin, wie der Notar bei der Ziehung der Lottozahlen aufzupassen, dass alles so abläuft, wie es uns politisch zugesagt wurde.

Wir wollen, dass die Interessen der Beschäftigten, wie politisch gewollt, ganz

Fortsetzung auf Seite 2



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdPdigit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der Telefonnr. 0 15 25/ 3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die August-Ausgabe 2013 des Landesjournals Baden-Württemberg ist Freitag, der 5. Juli 2013, und für die September-Ausgabe 2013, Freitag, der 6. August 2013.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zusenden.

Wolfgang Kircher und Thomas Mohr

Fortsetzung von Seite 1

hoch angesiedelt werden und in der Umsetzung nicht per se den dienstlichen Interessen untergeordnet werden. Das ist unsere Aufgabe als Gewerkschafter und Personalräte – nicht mehr, aber auch nicht weniger!

Wir müssen auch überwachen, dass die Priorisierung der Wünsche eingehalten wird. Der 3. Wunsch gilt für uns nur als erfüllt, wenn Erst- oder Zweit-Wunsch aus tatsächlichen Gründen heraus nicht erfüllbar sind und nicht wenn er gerade ins Konzept passt.

Dabei übersehen wir natürlich nicht, dass die Verantwortlichen ein aus ihrer Sicht funktionierendes Personalkonzept erstellen müssen – das ist schließlich ihre Aufgabe. Das Problem ist eher, wie der Einzelne damit umgeht. Hier ist Offenheit und Ehrlichkeit genauso gefragt, wie Fingerspitzengefühl und Verantwortungsbewusstsein.

Unehrllichkeit, Hektik und Aktionismus, aber vor allem unbedachte Äußerungen schüren zwangsweise Ängste und verunsichern. Das können die Beschäftigten überhaupt nicht gebrauchen.

Wir als GdP wollten diese Reform in dieser Form nicht, das kann man überall nachlesen. Wir haben aber auch keinen

Hehl daraus gemacht, dass sich in dieser Polizei was verändern muss, dass die Basis gestärkt und die Perspektiven verbessert werden müssen und zwar durchgängig durch alle Gruppen und Laufbahnen. Dass es in dieser Form geschehen soll, haben andere entschieden.

Bleibt die Frage, warum wir dann diese Reform nicht abgelehnt haben?

Zum einen sehen wir immer noch eine Chance, unsere Ziele zu erreichen, zum anderen fragen wir unsererseits: Was hätten wir erreicht? Was haben wir mit unserer Ablehnung bei der Verwaltungsstrukturreform (Abschaffung WKD, APD und WSP, um nur mal drei Stichworte zu nennen) oder Polizeipostenreform erreicht?

Daher ist es unser Ziel, für unsere Beschäftigten etwas zu erreichen. Über allem steht die sozialverträgliche Umsetzung, ganz im Sinne der Dienstvereinbarung, und die Vermeidung bzw. Abfederung von sozialen Härten.

Wir werden auf die Umsetzung der politischen Zusagen pochen und deren Einhaltung überwachen.

Dafür stehen wir und dafür kämpfen wir.

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

60. GEBURTSTAG

Wir gratulieren herzlich

Am Samstag, dem 1. Juni, wurde der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Lothar Adolf 60 Jahre alt.

Lothar Adolf ist im Oktober 1975 in die GdP eingetreten und ist seit 1984 in verschiedenen Funktionen auf Kreisgruppen- und Landesebene tätig, seit 2001 ist er im geschäftsführenden GdP-Landesvorstand, u. a. stellvertretender Kassier, Kassier und seit 2011 als stellvertretender Landesvorsitzender. Lothar Adolf, der sich mit Leib und Seele für die Belange und Nöte von anderen Menschen einsetzt, ist seit 1981 Personalrat in den verschiedenen Gremien auf örtlicher und Bezirksebene tätig, seit über zehn Jahren ist er Mitglied des Hauptpersonalrates Polizei im Innenministerium BW. Am 22. Februar 2007 wurde er mit der GdP-Verdienstmedaille ausgezeichnet. Die Geburtstagsfeier im Vereinsheim des KSV Unterkirchberg wäre fast ins Wasser gefallen. Am Samstagmorgen wurde wegen des Hochwassers der Iller rund um den Ver-



Ein Bild des Polizeiwachmeisters Lothar Adolf zierte die Geburtstags-torte.

anstaltungsort „Land unter“ gemeldet. Über einen eilig gebauten, ca. 50 m langen und ca. ½ m hohen Steg konnten die Geburtstagsgäste dann doch trockenen Fußes zur Feier gelangen. Zu den Gratulanten gehörten u. a. auch der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner, sein Stellvertreter Hans-Jürgen Kirstein und Landesredakteur Wolfgang Kircher mit ihren Ehepartnern.

Wir gratulieren Lothar Adolf ganz herzlich zu seinem Geburtstag und wünschen ihm alles Gute.

wki



WELCHEN STELLENWERT HAT DER ÖFFENTLICHE DIENST?

Ein Kommentar von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Diese Frage kann man sich schon stellen, wenn wir lesen, wie die Landesregierung mit dem Thema Nationalpark umgeht.

Ich möchte mich gar nicht über die Notwendigkeit auslassen, denn hierzu hat jeder seine eigene Meinung.

Mir geht vielmehr ein Satz unseres Ministerpräsidenten nicht aus dem Kopf, mit dem er in den Stuttgarter Nachrichten zitiert wird:

„Das können wir uns leisten und das müssen wir uns leisten!“

Da bekomme ich als Angehöriger des öffentlichen Dienstes des Landes Baden-Württemberg und besonders als Polizeibeamter erhebliche Bauchschmerzen, wenn nicht sogar einen dicken Hals.

Letztes Jahr wurde uns erklärt, warum dieses und jenes gestrichen oder verschlechtert werden musste und in diesem Jahr erklären uns die gleichen Politiker, warum sie um eine Verschiebung der Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamten des Landes nicht herumkommen. Der Landeshaushalt muss unbedingt saniert werden. Es wird vorgerechnet, welche Kosten auf das Land bei einer zeit- und inhalts gleichen Übernahme zugekommen wären, und mitgeteilt,

dass dies einfach nicht leistbar, nicht zahlbar gewesen wäre.

Der Satz des Ministerpräsidenten „Das können wir uns leisten und das leisten wir uns“, wäre auch in Richtung des öffentlichen Dienstes wohltuend gewesen.

Es wird immer der Eindruck erweckt, als wäre der öffentliche Dienst ein Pack von Faulpelzen, die sich nur die Taschen vollstopfen. Das ist nicht fair.

Ich liebe unseren Schwarzwald und möchte auch, dass die Kinder meines Sohnes und deren Kinder etwas davon haben. Natur ist wichtig und schön, damit hier kein Zweifel aufkommt. Ob dies allerdings der richtige Weg ist, überlasse ich den vielen Experten.

Ich möchte aber auch, dass mein Sohn weiterhin ins Landschulheim gehen kann und ich alle Versicherungen, die Miete und den Strom bezahlen kann. Wir jammern auf hohem Niveau, so der Ministerpräsident und sein Staatssekretär, Murawski, in den Medien. Es mag ja sein, dass sie das mit Blick auf ihre eigenen Gehaltsmitteilungen als Ministerpräsident oder beamteter Staatssekretär so sagen können, ein Polizeibeamter im mittleren und gehobenen Dienst kann es jedenfalls nicht. Es darf auch ruhig die Frage gestellt werden, ob es die Füh-

rungskräfte der Polizei im Vergleich mit anderen Führungskräften sagen können? Die Verantwortung für den Tarifbereich darf die Politik nicht auf die Tarifparteien schieben, denn sie sind als öffentliche Arbeitgeber ein Teil davon. Dies wird leider immer wieder von den Regierungen vergessen.

Früher haben SPD und Grüne gemeinsam mit uns für die zeit- und inhalts gleiche Übernahme des Tarifergebnisses gestritten und die Regierung aus CDU und FDP hat mit staatstragenden Formulierungen erklärt, warum es nicht geht.

Heute stehen die Herren Rülke (FDP) und Hauk (CDU) auf unserer Seite, wenn es um die zeit- und inhalts gleiche Übernahme geht und Schmid (SPD) und Kretschmann (Grüne) benutzen die gleichen Vokabeln, wie ihre Vorgänger, mit denen sie uns erklären, warum es nicht geht. Verkehrte Welt? Nein, das ist der Stellenwert, den die verantwortliche Politik uns, der Polizei, einräumt.

Wie gerne würde ich einmal, wenn es um unsere Forderungen nach einer gerechten Bezahlung des öffentlichen Dienstes geht, den Satz hören: „Das können wir uns leisten und das leisten wir uns?“

GESCHÄFTSFÜHRENDER LANDESVORSTAND VOR ORT

Besuch bei der PD Waiblingen

Am 7. 5. 2013 tagte der geschäftsführende Landesvorstand der GdP bei der Polizeidirektion Waiblingen. Nach der herzlichen Begrüßung durch Uwe Bieler, GdP-Kreisgruppenvorsitzender, Mitglied im GdP-Landesvorstand und örtlicher Personalratsvorsitzender, ging es an die vollgepackte Tagesordnung. Der meist diskutierteste Punkt war natürlich der aktuelle Stand um das IBV. Dieses Thema wurde im späteren Verlauf auch sehr offen an den PD-Leiter von Waiblingen und zugleich Projektverantwortlicher für das PP Aalen, Herrn Micherfelder, herangetragen. Dabei wurde kein Blatt vor den Mund genommen, sondern

offen erkannte Probleme, aber auch zukünftige Weichenstellungen angesprochen, diskutiert und angemahnt.

Natürlich nutzten wir auch die Gelegenheit, um uns selbst ein Bild des landauf, landab vielgelobten FLZ zu machen.

Durch die Kollegen Hönle und Bauer wurden uns die zahlreichen Leistungsmerkmale des FLZ erläutert. Besonders betont wurde die Führungsphilosophie bei besonderen Einsätzen. Sehr bildhaft wurde diese durch PD Hönle mit den Worten: „Die Zeiten, wo der Polizeiführer von seinem Feldherrenhügel Einsatz führt, sind vorbei“ beschrieben. Und

Kollege Hönle weiter: „Wir haben gelernt, dass wir durch das Führen im Team viel effektiver und effizienter Einsatzlagen bewältigen können.“ Dass dies nicht nur so dahergesagt war, wurde uns eindrucksvoll von Kollege Bauer anhand vergangener Einsatzlagen veranschaulicht.

Besonders beeindruckend war die Demonstration am sogenannten „Smartboard“. In Echtzeit können darauf jegliche Einsatzinformationen nicht nur visuell abgebildet, sondern auch bearbeitet werden. So ist es möglich, den

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

Einsatzkräften vor Ort über eigens dafür beschaffte Smartphones Lichtbilder mit taktischen Anmerkungen versehen zu übersenden. Und umgekehrt können Eindrücke direkt vor Ort ohne Umwege an das FLZ übermittelt werden.

Standardisierung war ein ebenfalls wichtiger Grundsatz für den Aufbau des FLZ der PD Waiblingen. Jeder Beteilig-

zu können, um den Kommunikations- und Informationsfluss weiter zu entzerren.

Um es in wenigen abschließenden Worten zu sagen ... wir als geschäftsführender Landesvorstand der GdP sind sehr beeindruckt von der Leistungsfähigkeit des FLZ der PD Waiblingen.

Mehr imponiert haben uns allerdings die Hingabe, Leidenschaft und das Enga-

ten auch mittragen. In diesem Sinne möchte ich ganz kurz zur fast allgegenwärtigen Polizeistrukturreform umblenden. Bei der anstehenden Umsetzung dieser Mega-Reform kann ich mich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, dass der ein oder andere Verantwortliche diesen Grundsatz vergessen zu haben scheint.

Dabei spreche ich nicht nur die Projektverantwortlichen an, sondern auch jede und jeden Einzelnen in den Teilprojekten, Projektgruppen, Personalkommissionen und auch Personalräten. Wir müssen uns unserer Verantwortung gegenüber der Polizei, den Bürgern, aber auch – und das wird leider nicht immer mit der nötigen Wertigkeit gesehen – gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen immer wieder neu und deutlicher bewusst werden.

Natürlich muss die Polizei als Organisation funktionieren und ihre Aufgaben erfüllen. Keine Frage. Aber nur dann, wenn ich auf dem Weg in die neue Struktur unsere Kolleginnen und Kollegen, also die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zukünftigen Präsidien mitnehme, beteilige und offen für die Anregungen aus ihren Reihen bin und vorhandene Spielräume nutze, nur dann wird das Vorhaben Polizeistrukturreform wirklich



Der GLV lässt sich von PD Hönle die Möglichkeiten des FLZ Waiblingen erklären.

te soll sich sofort zurechtfinden. Im Einsatzfall finden die Mitarbeiter sofort ihre vertraute Arbeitsumgebung vor, da sie ganz einfach ihren Computer und damit ihre gewohnte Arbeitsumgebung mitbringen. Dazu wurden mobile Rechner gekauft, die über ein einziges USB-Kabel sofort, an den vorgesehenen FLZ-Arbeitsplatz eingebunden werden können.

Aber auch „ungewöhnlichere“ Ideen wurden realisiert. So wurden zum Beispiel Aktenordner „zweckentfremdet“ und dazu benutzt, die Computerkabel an den jeweiligen Arbeitsplätzen zu bündeln. Oder es wurden die typisch dreieckigen Werkstattsschilder aus einem Autohaus dazu benutzt, um an den Einsatzplätzen die jeweiligen Durchwahlnummern abzubilden. Einfach, clever und effektiv!

Herr Michelfelder betonte, dass man sehr stolz ist, dass viele solcher Ideen direkt von den eigenen Mitarbeitern kommen.

An einer weiteren Mitarbeiteridee wird derzeit noch getüftelt. Geplant ist, mittels Kameratechnik im Bedarfsfall weitere Einsatzräume in einer Art Videokonferenz direkt ins FLZ zuschalten



Kollege Bauer erklärt den Einsatzablauf im FLZ anhand praktischer Beispiele.

gement, mit der dieses FLZ realisiert und weiter fortentwickelt wird.

Da scheint sich der Grundsatz positiv zu bewahrheiten, dass ein Vorhaben nur so gut gelingen kann, wie es alle Beteilig-

mit Leben gefüllt. Bei allen Zielen, Vorgaben, Leitplanken und Visionen – ohne motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht es nicht!

Robert Silbe



AUS DEN KREISGRUPPEN

Jahreshauptversammlung bei der GdP-Kreisgruppe Freiburg LPD

60 Jahre

Die Kreisgruppe Freiburg LPD führte am 22. Mai 2013 ihre Mitgliederversammlung 2012/2013 durch.

Der Vorsitzende Harald Baldinger konnte viele Gäste begrüßen, darunter den Landesvorsitzenden der GdP BW, Rüdiger Seidenspinner, den Vorsitzenden des Landesseniorenvorstandes, Werner Fischer, den Abteilungspräsidenten Bernhard Rotzinger sowie viele Referat-

Gerhard Bauer, Reinhold Gorges, Wolfgang Lang, Heinz Langner, Bruno Rutkowski, Rudi Dammert

50 Jahre

Wolf Dieter Reibel, Heinz Häusler, Max Sperling, Wolfgang Seller, Dieter

Seniorenstammtisch der GdP-Kreisgruppe Heilbronn

Die Senioren der KG Heilbronn trafen sich zum Stammtisch am Montag, dem 22. Juli 2013, um 14.30 Uhr im Biergarten der Gaststätte „Jägerhaus“ in Heilbronn, Jägerhaus 1, Tel. 0 71 31/17 60 75. ew



Von links nach rechts: LV Rüdiger Seidenspinner, Bruno Rutkowski, Heinz Häusler, Rudi Dammert, Alois Maier, Wolfgang Lang, Peter Drescher, Heinz Langner, Gerd Kreutel, Wilfried Maier, Harald Baldinger, Walter Köhler, Michael Walz, Michael Ruf, Manfred Dormeier, Bertold Smrzka, Wolfgang Seller, Volker Vögele

leiter bzw. deren Vertreter. Ganz besonders begrüßte er auch Mitglieder der KG Akademie der Polizei, Dienstsitz Freiburg, deren KG kurze Zeit zuvor in die KG Freiburg LPD integriert worden war.

Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden umfasste die zahlreichen Tätigkeiten der Kreisgruppe seit der letzten JHV im Januar 2011. Besondere Aufmerksamkeit fand natürlich die laufende Polizeireform in Baden-Württemberg mit deren Auswirkungen im dienstlichen Bereich, aber auch auf die Organisation der GdP im Land und die verweigerte Übernahme der Tarifergebnisse auf die Beamten-schaft.

Selbstverständlich gingen Rüdiger Seidenspinner, Bernhard Rotzinger und Werner Fischer in ihren „Grüßworten“ ebenfalls auf diese Themen ein.

Anlässlich dieser JHV konnten auch zahlreiche Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft geehrt werden:

Arnold, Dieter Reinike, Alois Maier, Leopold Häringer, Wilfried Maier, Walter Köhler, Peter Baasch

40 Jahre

Reinhard Friedrich, Detlef Behnke, Erna Wilms, Michael Walz, Peter Keller, Harald Baldinger, Manfred Dormeier, Günther Maron, Gerd Kreutel, Friedemann Härdle, Uwe Marczinczik-Kuhn, Karl-Friedrich Schwanz, Peter Drescher, Herbert Müller, Hans Ruf, Oliver Mai-kowski

25 Jahre

Günter Pfefferle, Alois Häringer, Maria Dragojevic, Thomas Temmer, Günter Weiss, Ingrid Heinemann, Eugen Schöllhorn, Volker Vögele, Jürgen Kraatz, Michael Ruf, Anton Kecac, Rolf Eitzenhöfer, Siegmар Wagner, Bertold Smrzka, Frank Reinert, Richard Stressler, Brigitte Jonietz **Harald Baldinger**

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

zur Beförderung zum/zur:

Polizeikommissar

Bepo-Göppingen: David Tobias.

Polizeihauptmeister/-in

Bodenseekreis: Christoph Schaaf.

Pforzheim: Manuela Bernkopf.

Polizeiobermeister/-in

Pforzheim: Tamara Herr. Tübingen PD:

Katharina Wiedemann, Sarah Hellstern., Daniel Sailer.

Es traten in den Ruhestand:

Freiburg LPD: Werner Kleinmaier.

Heilbronn: Helmut König.

Karlsruhe RP: Manfred Werner.

Landeskriminalamt: Dieter Skubski.

Rems-Murr-Kreis: Eberhardt Kengeter.

Reutlingen: Ulrich Ruf.

Stuttgart RP: Volker Schoch.

Zollernalbkreis: Michael Vogler.

(Zusammengestellt v. A. Burckhardt)

Anzeige

Werden Sie Mitglied beim

»Deutschen Roten Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch

Labor Dr. Gärtner

Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 502-0



Für Pensionäre mit Versorgungsbezügen

– Einspruch gegen Steuerbescheid einlegen –

Die Besteuerung der Altersbezüge wurde ab 2005 mit dem Alterseinkünftegesetz neu geregelt. Hintergrund war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) vom 6. März 2002: Die Richter entschieden, dass die unterschiedliche Besteuerung der Beamtenpensionen und der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung mit dem Grundgesetz (Art. 3 Abs. 1) unvereinbar sei. Während Renten damals mit sehr niedrigen Ertragsanteilen besteuert wurden, mussten Versorgungsempfänger ihre Pension nahezu vollständig versteuern – lediglich ein Versorgungsfreibetrag und der Arbeitnehmer-Pauschbetrag wurden abgezogen. Gesetzlich umgesetzt wurde das BVerfG-Urteil mit dem bereits erwähnten Alterseinkünftegesetz. Damit verringerte sich aber nicht der steuerpflichtige Anteil der Versorgungsbezüge, dieser blieb für Bestands- und Neupensionäre im Jahr 2005 gleich. Vielmehr wurde die Rentenbesteuerung umgestellt: Die ehemaligen Ertragsanteile erhöhten sich und werden nun Besteuerungsanteile genannt. Die Umstellung der Rentenbe-

steuerung führte aber nicht zum „Gleichstand“ bei der Besteuerung. Denn Renten werden bei Bestands- und Neurentnern in 2005 zur Hälfte versteuert, Versorgungsbezüge hingegen je nach Gesamthöhe bis zu 90 Prozent. Der steuerpflichtige Anteil erhöht sich ab 2006 sowohl für Neupensionäre als auch für Neurentner. Daher ist fraglich, ob der Gesetzgeber die Vorgaben des BVerfG ab 2005 verfassungskonform umgesetzt hat. Schließlich werden Versorgungsbezüge weiterhin wesentlich höher besteuert als Renten. Doch insbesondere diese unterschiedliche Besteuerung beanstandet das BVerfG. Erst ab dem Jahr 2040 wird für Neupensionäre und für Neurentner eine Gleichstellung erreicht. Zwar hat das Finanzgericht in Köln entschieden (Urteil vom 26. August 2010), dass die Neuregelung verfassungsgemäß sei, doch gegen das Urteil läuft ein Revisionsverfahren vor dem Bundesfinanzhof. Empfänger von Versorgungsbezügen sollten daher gegen ihren Einkommensteuerbescheid unter Hinweis auf das Revisionsverfahren Az. VI

R 83/10 Einspruch einlegen, ein Ruhen des Verfahrens fordern und beantragen, dass die Versorgungsbezüge nicht höher besteuert werden als in vergleichbaren Fällen die Renten. Wichtig: Nur durch einen Einspruch werden die Rechte bei einer positiven weiteren Entscheidung gewahrt. Unsere Rechtsanwältin Sandra Damm, Leiterin der Rechtsabteilung in der Landesgeschäftsstelle, empfiehlt die vorsorgliche Einlegung von Rechtsmitteln gegen den Steuerbescheid als ein nützliches und vor allem risikofreies Instrument. Dem Besteuernten entstehe dadurch ja auch kein Kostenrisiko. Unterstützung bei der Einkommensteuererklärung bietet auch der Lohn- und Einkommensteuer-Hilfe-Ring Deutschland e.V. (Steuerring) im Rahmen einer Mitgliedschaft. Die nächstgelegene Beratungsstelle findet man im Internet unter www.steuerring.de oder über das kostenfreie Infotelefon 08 00/9 78 48 00.

*H. Werner Fischer,
Landesseniorenvorsitzender*

POLIZEIREFORM

Personalräteschulungen zur Polizeireform abgeschlossen

Zum Thema Polizeireform haben wir drei Personalräteschulungen, eine bereits im April und zwei Anfang Juni, durchgeführt. Dabei wurden Themen wie



Aufmerksame Teilnehmer beim Seminar vom 15. bis 16. 4. 2013.

die Reform selber, das IBV (Interessenbekundungsverfahren), die Arbeit der Personalräte in den Personalkommissionen, aber auch die zukünftige Arbeit in den Übergangspersonalräten der neuen Polizeipräsidien diskutiert und angesprochen, ebenso Themen wie Arbeitszeit und Arbeitsschutz. Es wurde bemängelt,

dass die Personalvertretungen nicht schon bei der Planung von reformbedingten Bauvorhaben beteiligt wurden, um eventuellen späteren Beanstandungen, weil Arbeitsschutzvorschriften nicht eingehalten wurden, vorzubeugen. Auch die Tatsache, dass an den gültigen Arbeitszeitvorschriften im Moment nichts geändert werden soll, scheint bei manchen Projektverantwortlichen und -mitarbeitern noch nicht angekommen zu sein. Einen großen Raum der Diskussion nahm die Definition der „Sozialverträgli-



Die Teilnehmer des Seminars vom 3. bis 4. 6. 2013.



Gruppenbild der Teilnehmer des Seminars vom 5. bis 6. 6. 2013.

chem Umsetzung“, sofern überhaupt möglich, ein. Hierzu wurde im Hauptpersonalrat eine Dienstvereinbarung verabschiedet. Es wurde festgestellt, dass es zur Sozialverträglichen Umsetzung bei den Projektleitern und -mitarbeitern und den GdP-Personalräten sehr unterschiedliche Meinungen gibt.

Auch gewerkschaftspolitische Fragen und Themen wurden von den Referenten Rüdiger Seidenspinner und Lothar Adolf behandelt. wki



AUS DEN KREISGRUPPEN

„Ihre Polizei bittet um Ihre Hilfe“ – Infostand der GdP-Kreisgruppen Heilbronn

Am 2. 5 und 3. 5. 2013 hatte die GdP-Kreisgruppe Heilbronn in der Fußgängerzone der Innenstadt von Heilbronn einen Infostand eingerichtet.

Insgesamt wurden ca. 500 Postkarten/Unterschriften gesammelt.

Die Aktion traf auf große Resonanz und Unterstützung.

Hintergrund der beiden Aktionen ist die bis dato verwehrt inhalts- und zeitgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für den Beamtenbereich.

Wenn es im Land BW ums Sparen geht, fallen der Landesregierung, in diesem Fall Grün/Rot, immer nur ihre Bediensteten ein.

„Dieses Spiel kennen wir zur Genüge, denn seit 1982 wurden unsere Erhöhungen um insgesamt 44 Monate verschoben, zusammen mit allen weiteren Kürzungen (z. B. Streichung Urlaubsgeld/Pensionskürzungen etc.) und Verschlechterungen (z. B. Erhöhung der Wochenar-

beitszeit von 38,5 auf 41 Stunden, Erhöhung der Lebensarbeitszeit etc.) kommen wir in dieser Zeit gut auf eine ¾ Milliarde Euro, die zur Haushaltssanierung beigegeben und verwendet wurden.

Und nun sollen wir erneut, durch die Verschiebung gestaffelt von sechs bis zwölf Monaten der Übernahme des Tarifergebnisses, zur Kasse gebeten werden. Dies hat mit Wertschätzung des öffentlichen Dienstes nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun“.

Abschließend sei noch angemerkt, dass man in den eigenen Reihen immer mehr zu dem Schluss kommt, dass die Polizei zum wiederholten Mal eine Reform (die man sich im Übrigen nicht selber verordnet hat) selber bezahlen soll.

Die anstehende „Polizeireform“ kostet Geld, dies hat man wohl jetzt auch bemerkt und beschlossen, dass die „Zeche“ durch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bezahlt werden soll.



Anders kann man das Verhalten der Landesregierung nicht deuten, wenn bei immer neuen Steuermehreinnahmen eine Übernahme des Tarifergebnisses ausgeschlossen wird.

Mike Scheumann

Nullrunde für Polizeibeamte, nicht mit uns!!

Am Samstag, dem 4. 5. 2013, standen von 10 bis 14 Uhr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in der Offenburger Innenstadt auf dem Lindenplatz und sprachen mit den Bürgern über den wieder einmal nicht für Polizeibeamte übernommenen 1:1-Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes 2013. Hierbei unterstützten über 240 Bürger mit ihrem Namen diese Aktion. Jeder Einzelne von ihnen füllte eine Postkarte aus, um so die Forderungen der Polizei zu unterstützen.



Denn wenn in Griechenland oder Zypern die Banken zusammenbrechen, weil sich Spekulanten die Taschen vollgestopft haben, springt jedes Mal der deutsche Steuerzahler mit Millionen Euro ein.

Die Abgeordneten unseres Landes gönnen sich alle zwölf Monate eine satte Diätenerhöhung, die weit über dem liegt, was sie den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes selbst zugestehen. Dann muss sich die Polizei wehren, denn es kann nicht sein, dass die innere Sicherheit durch den erneuten Sparkurs der Landesregierung wieder einmal gefährdet wird. Daher sind auch weitere solche Postkartenaktionen in verschiedenen Städten geplant.

Diese Karten werden dann am Ende der Aktion der Landesregierung übergeben. Und wir hoffen, dass es so, zum Wohle der Bürger, nicht weitergeht!

Dirk Weis, GdP BW

NACHRUF

Die Gewerkschaft der Polizei trauert um Polizeipräsident Thomas Züfle



Die Gewerkschaft der Polizei trauert um Ihren Kollegen, Polizeipräsident Thomas Züfle, der am 16. Juni bei einem tragischen Verkehrsunfall ums Leben gekommen ist.

Unser tiefes Beileid gilt seiner Familie und seinen Angehörigen.

Thomas Züfle folgte beim Polizeipräsidium Stuttgart am 28. Juli 2011 auf Siegfried Stumpf, der aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand getreten war. Seit Januar 2007 hatte er die Polizeidirektion Tübingen geleitet. Davor war er bereits ein Jahr beim Polizeipräsidium Stuttgart tätig, beauftragt mit der Leitung der Kriminalinspektion 1, zuständig unter anderem für Kapitaldelikte. Zuvor war Thomas Züfle Referent im Innenministerium und im Ausandereinsatz in Afghanistan.

„Die Polizei Baden-Württemberg hat mit dem Stuttgarter Polizeipräsidenten Thomas Züfle einen vorbildlichen, verlässlichen und geradlinigen Amtschef verloren. Er hat sein Amt mit starker Persönlichkeit, sozialer Kompetenz und viel Erfahrung ausgefüllt. Züfle war ein Kommunikationstalent, tolerant im Denken und handelte mit Fingerspitzengefühl,“ so Innenminister Gall in einer Presseerklärung.





Holiday Park PLOPSA

Sonderkonditionen für GdP-Mitglieder und deren Angehörige für den Holiday Park in Haßloch in der Pfalz:

Tageskarte für Erwachsene und Kinder
ab 1 m Körpergröße

21,00 Euro

Tageskarte für Kinder zwischen 0,85 m und 1 m
Körpergröße

9,99 Euro

Kinder unter 0,85 m Körpergröße haben freien Eintritt



Alle Karten haben 2 Jahre Gültigkeit
und eignen sich somit auch ideal als
Geschenk!

Kartenbestellung unter
(07042) 879 - 299 oder www.gdp-haus.de



GdP-SERVICE-GMBH BW
MIT SICHERHEIT EIN GUTES GESCHÄFT

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen

